



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 199 Anfrage Meyer Jörg und Mit. über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kantons Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Jörg Meyer ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Jörg Meyer: Ich danke der Regierung für die gute Beantwortung meiner Fragen. Trotzdem bin ich nicht zufrieden, und zwar weil ich das Gefühl habe, dass wir auf halbem Weg stehen bleiben. Die Regierung sagt, dass Wirtschaftspolitik eine Querschnittsaufgabe aller Departemente sei. Diese Erkenntnis unterstütze ich. Ich finde aber, gerade wenn es eine Querschnittsaufgabe ist, braucht es erst recht eine kohärent formulierte Strategie, damit alle in die gleiche Richtung gehen. Ich bin auch damit einverstanden, dass schlussendlich mehr oder weniger fast alles, was der Staat macht, irgendwie mit Wirtschaft zu tun hat. Aber wenn alles irgendwie Wirtschaft ist, dann ist es irgendwie auch nichts. Im Legislaturprogramm findet man unter «H8 Volkswirtschaft» drei relativ schwammige Umschreibungen, wenn ich es mit anderen Aufgabenbereichen vergleiche. Die Regierung hat für viele Themenfelder Strategien und Konzepte veröffentlicht. Hinter all diesen Arbeiten steht ja die Aufgabe, für alle Akteure einen Orientierungsrahmen bereitzustellen. Es kommt mir so vor, als würde laut der Antwort halt jeder etwas machen, und darum könne man nicht genau sagen, was die Vorstellungen dazu sind. Was ist für den Kanton Luzern eine «umfassende Wirtschaftspolitik»? Weiter führt die Regierung aus, wie man mit vielen Partnern zusammenarbeitet. Das kann ein Modell sein. Meine Erfahrung ist, dass der Rahmen umso klarer sein muss, je mehr Partner man in etwas einbindet. Dieser soll natürlich Spielraum lassen, aber er muss klar sein. Sonst werden von jedem Partner eigene Interpretationen umgesetzt. Mir ist auch klar, dass es in der Zusammenarbeit mit so vielen schwierig wird, kohärent zu bleiben, wenn man sich nicht selber einen Rahmen gibt. Der Campus Horw wird erwähnt. Ist der Kanton bereit, hier Mittel zur Förderung in die Hand zu nehmen? Ich wünsche mir für die Zukunft mehr Kohärenz und Präzision in diesem Bereich, der für unseren Kanton zentral ist.

André Marti: Jörg Meyer gibt sich die Antwort auf die Frage, was unsere Wirtschaftspolitik sei, in seiner Anfrage selber. In seinen Augen sei diese auf die Steuern reduziert. Ich gebe Jörg Meyer recht in der Frage nach der Wichtigkeit des wirtschaftlichen Erfolgs. Nur eine wirtschaftlich starke Gesellschaft hat die Mittel, staatliche Aufgaben und die soziale Umverteilung zu finanzieren. Doch wie man zu diesem wirtschaftlichen Erfolg gelangt, da gehen unsere Ansichten und unser grundlegendes Wirtschaftsverständnis wohl auseinander. Es ist richtig, dass es kein umfassend formuliertes Hochglanzwerk zur Abgabe gibt, in dem präzise steht, was alles in der Wirtschaftsstrategie unsers Kantons gemacht werden sollte. Aber braucht es denn das? Eine klassische Querschnittsaufgabe müsste ja ein Papier formulieren, das von sieben anderen Papieren abhängig ist. Das wird sehr kompliziert.

Wichtiger als dieses Papier ist, dass man weiss, was man macht, und dass in der Realität auch etwas passiert. Es wird an Rahmenbedingungen gearbeitet und nicht nur auf die Steuern reduziert. Wer kritisiert, sollte auch Verbesserungsvorschläge haben. Doch wenn ich das 60-seitige Wirtschaftskonzept der SP lese, dann habe ich meine Bedenken. Immerhin hat man die Überwindung des Kapitalismus aus dem Papier gestrichen. Die Haltung, dass man nur den richtigen präzisen Plan machen müsse und dann die Wirtschaft an die Hand nehmen und in die richtige Richtung führen könne, funktioniert in der Praxis nicht. Ich bin alarmiert, wenn ich lese, dass die umfassende Wirtschaftsstrategie die Basis für gezielte wirtschaftspolitische Interventionen sein soll. Der Kanton Luzern verfolgt eine liberale Wirtschaftspolitik, welche auf die Gegebenheiten unseres Kantons angepasst ist, und gestaltet schon jetzt die dazu passenden Rahmenbedingungen. In diesem Umfeld und mit unternehmerischer Freiheit suchen und nützen die Unternehmerinnen und Unternehmer die wirtschaftlichen Chancen der Gegenwart und der Zukunft. Ich sehe keinen Bedarf, vom bisherigen Weg abzuweichen, vielleicht müssen wir diesen aber gegen innen und aussen besser verkaufen.

Michèle Graber: Die GLP hat sich überlegt, ob sie sich zu dieser Anfrage überhaupt äussern sollte. Die Aussage des Vorstössers, dass im Kanton Luzern in den letzten Jahren die Wirtschaftspolitik auf die Steuer- und Finanzpolitik beschränkt gewesen sein, diskreditiert die Regierung, die Verwaltung und auch den Kantonsrat. Ich danke aber für das Votum von Jörg Meyer, in dem einiges relativiert wurde. Nur weil wir viel über Finanzen und Steuern debattiert haben, heisst das nicht, dass die Wirtschaftspolitik vergessen wird. Fast jeder Entscheid in diesem Rat ist Wirtschaftspolitik. Bildungspolitik auf allen Bildungstufen ist Wirtschaftspolitik. Raumplanung, angepasst an die Vorgaben des Bundesgesetzes, ist Wirtschaftspolitik. Gesundheitspolitik ist Wirtschaftspolitik. Der Regierungsrat bezieht sich in seiner Antwort auf das Legislaturprogramm und das Positionspapier «Wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise». Die GLP ist ganz klar auch nicht einverstanden mit den verschiedenen Programmzielen und Strategien. Sie sind aus unserer Sicht häufig nicht innovativ, nicht nachhaltig und zu wenig fortschrittlich. Wir würden gerne andere Prioritäten setzen. Die Corona-Krise hat einiges gezeigt, wie zum Beispiel unsere Möglichkeiten oder Grenzen. Ich hoffe, dass diese Zeit in diesem Rat ein gewisses Umdenken in einigen Bereichen bringen wird. Ich möchte kurz auf zwei Punkte eingehen. Erstens: Lasst uns den Unternehmensgeist und den Wettbewerb stärken. Das ist die Basis für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg. Konzentrieren wir uns auf einen starken und zugleich schlanken Staat, welcher sich ganz klar nur auf seine Kernaufgaben konzentriert. Aus unserer Sicht sind klassische Konjunkturpakete keine Lösungen. Sie verpuffen, wirken zu spät und am falschen Ort und zementieren alte Strukturen. Zweitens: Lasst uns intelligent investieren. Die Digitalisierung und die Verbindung der Digitalisierung mit der Mobilität sind wichtige Wege.

Hans Lipp: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Staates, seien das der Bund, die Kantone oder die Gemeinden, können nur durch mehrheitsfähige Rahmenbedingungen und allenfalls durch Förder- und Unterstützungsbeiträge sichergestellt werden. Die sogenannten Impulsprogramme können gestartet werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Innovation, die Marktbearbeitung, die Qualität sowie sehr gute und innovative Produkte, neue Ideen und neue Geschäftsfelder müssen von den Akteuren, den Leistungsträgern und den Beteiligten kommen. Dass aber die weltweite Corona-Pandemie zu so tiefen Spuren führen würde, war nicht vorhersehbar. Manchmal sind Prognosen und Vorstellungen Kaffeesatzlesen. Aber auch diese Krise müssen wir meistern, und ich hoffe, dass es uns gelingt. Planungsberichte, Konzepte, Businesspläne und Vorstellungen davon, wie die Wirtschaft funktionieren sollte, nützen in solchen Situationen leider wenig. Die Regierung hat die Fragen ausführlich beantwortet, und die CVP ist damit zufrieden.

Urban Frye: Ich gebe Jörg Meyer recht, die Antworten des Regierungsrates sind schwammig. Ich habe mir vorgestellt, dass der Regierungsrat schreibt, was für eine Wirtschaftspolitik er sich vorstellt, wenn er selber wählen könnte. Es ist mir klar, dass Gesetze, Rahmenbedingungen und Weiteres geschaffen werden müssten, was auch

Aufgabe des Parlaments wäre. Wirtschaft steht nicht für sich selber da, sondern eine Wirtschaftspolitik sollte so sein, dass die Wirtschaft auch einen gesellschaftlichen Mehrwert generiert. Die Regierung hätte jetzt die Möglichkeit gehabt, in diesem Neustart nach der Corona-Krise zu erklären, wie sie sich die Zukunft vorstellt zum Beispiel im Bereich des Tourismus, einer nachhaltigeren Wirtschaft, der Digitalisierung oder der Bildung, bei der der Kanton viele Leistungen erbringt. Bei einer nächsten Anfrage zu diesem Thema wünsche ich mir von der Regierung mehr Mut, ihre eigenständige Meinung zu ihren Vorstellungen einer Wirtschaft zu vertreten, die für den ganzen Kanton und die ganze Gesellschaft einen Mehrwert bringt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Fast alles staatliche Handeln hat Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft, was Sie auch in unserer Antwort lesen konnten. Die Wirtschaftspolitik des Kantons Luzern hat sich bewährt und soll weitergeführt werden. Ich habe jetzt mehrmals die Frage gehört, was denn die Wirtschaftspolitik der Regierung und des Kantons Luzern sei. Der Staat legt für die Wirtschaft die Rahmenbedingungen fest und kann zurückhaltend mit Impulsen oder Akzenten wie der Innovationsförderung handeln. Insbesondere verweise ich auf die Ausführungen von Kantonsrat André Marti. Er und auch Michèle Graber haben viele Beispiele geliefert. Zur Frage von Kantonsrat Urban Frye: Ich bin damit einverstanden. Es wäre natürlich schön, wenn die Regierung ein Programm schreiben könnte und sich die Wirtschaft so entwickeln würde. Aber wir glauben nicht, dass das richtig wäre. Wir glauben nicht daran, dass unsere Wünsche dann einfach in Erfüllung gehen würden. Es gibt so viele Rahmenbedingungen in der Schweiz und in der Welt, die wir nicht beeinflussen können. Also setzen wir jene Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, für den Kanton Luzern möglichst attraktiv fest und geben Impulse und Akzente. Dafür haben wir nicht ein 100-seitiges Buch geschrieben oder eine noch dickere Hochglanzbroschüre, sondern wir haben unsere verschiedenen Aufgaben aus den Departementen darauf abgestimmt. Wir haben einerseits zusätzliche Massnahmen im Positionspapier «Wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise», und andererseits durfte ich in der WAK Anfang Jahr eine Auslegeordnung präsentieren, wie wir den Punkt aus der Kantonsstrategie und dem Legislaturprogramm – nämlich strategische Schwerpunkte für die Wirtschaft – festlegen. Im Einzelnen sind das insbesondere die bessere Verknüpfung der einzelnen Massnahmen mit einer umfassenden Wirtschaftspolitik, diese umzusetzen und immer auch an die wirtschaftlichen Konsequenzen und Anforderungen zu denken: Die Chancen der Digitalisierung sollen besser genutzt werden, was in verschiedene Bereiche der Departemente einfließt; die Förderung der Innovation; Stellen schaffen in Branchen mit hoher Wertschöpfung, was aus Sicht der Finanzen attraktiv wäre und wir gezielt anzugehen versuchen; Massnahmen gegen den Fachkräftemangel, was ein explizites Anliegen des Gewerbes ist, und Startup-Förderung. Hier haben wir einige Massnahmen bereits eingeleitet, andere werden wir weiter vorangetrieben. Durch die Corona-Krise haben wir die Massnahmen noch angepasst. Wir pflegen einen engen Kontakt mit der Wirtschaft und deren Verbänden und fragen nach, wo der Schuh drückt und wo wir allenfalls Verbesserungen machen könnten. Im Grundsatz gilt: Wir haben einen freien Markt. Der Staat ist verantwortlich dafür, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Das ist unsere Art von Wirtschaftspolitik; Staatsinterventionismus wäre fehl am Platz. Ich danke für die Diskussion.